

Kantonsrat Matthias Hauser, ZH

Jugendgewalt und Ausländerkriminalität

Inmitten der Zürcher Streetparade wurde ein Jugendlicher niedergestochen. Mitte September am Zürcher Seeufer einer von einer Bande getötet. Im August ein Passant von einem jugendlichen Autofahrer angefahren, verfolgt und zusammengeschlagen. Ein junger Mann erschiess grundlos eine Schülerin an der Bushaltestelle. Fast jede Woche kommt ein schlimmer Fall dazu, junge Menschen, die Gewalt gegen Leib und Leben ausüben.

Seit ich vor acht Jahren als Sekundarlehrer in den Schuldienst der Stadt Zürich getreten bin, habe ich aus meinem und aus Nachbarschulhäusern folgende Geschichten vernommen:

Ein Kollege quittierte den Schuldienst, weil er von Schülern, die er beim Autozerkratzen angetroffen hatte, in eine Schlägerei verwickelt wurde. Eine Lehrperson für Englisch wurde am Abend von Jugendlichen spitalreif geschlagen, ein Schüler stach im Werkunterricht einem anderen den Stechbeutel in die Brust, einer wurden in Abfallcontainer eingesperrt und es wurde ihm ein Brandzeichen verpasst, Handys wurden geklaut, Znüni erpresst, ich musste wegen Rauchen und Alkohol in Schullagern Schüler nach Hause schicken, im Hauswirtschaftsunterricht polterte ein Kolumbianer einem Albaner einen Stuhl über den Kopf, worauf der andere das Küchenmesser zückte (die Lehrerin und andere Schüler trennten die beiden, es gab einen Verhaltensvertrag ohne weitere Konsequenzen), Computer sind aus dem ersten Stock auf den Pausenplatz geflogen, zweimal habe ich selber per SMS Beleidigungen, einmal eine Todesdrohung erhalten, am Abend eines 27. Dezembers – mitten in den Ferien – ruft eine Schülerin an, sie stehe auf dem Bahnsteig und springe auf das Gleis, «Hiphopper» bekriegen «Skater» in der ganzen Stadt, Schüler in der Klasse, die im halben Quartier polizeilich verfügte Hausverbote haben, ein 13-Jähriger erscheint am Morgen nicht, raubt mit einem Kollegen einen Kiosk aus und wird einen Tag später in Lausanne beim Verkauf von Cannabis

Text



aufgegriffen, arbeitslose ehemalige Schüler «hängen» am Freitagnachmittag auf dem Pausenplatz und rauchen, ein Stadtrat, der die Weisung ausgibt, rauchen sei nicht erwünscht, wo es doch sonst auf Schularealen im Kanton überall verboten ist.

Massnahmen gegen Jugendgewalt

Es gibt keine Massnahmen, welche Gewaltvorfälle zu 100 Prozent verhindern – jedoch Haltungen, Schulpolitik und Schulsysteme, welche negative Vorfälle begünstigen. Zur Besserung braucht es Folgendes:

- Integration als Eintrittsbillett in die Schule
- Autorität und Kompetenz der Lehrpersonen
- Klassenlehrerprinzip beibehalten
- Konzentration auf Stoffvermittlung und Leistungsorientierung
- geregelte Sanktionen und Disziplinar-massnahmen

Primär obliegt es den Eltern, dafür zu sorgen, dass ihr Kind schulfähig

zur Schule kommt, gewaschen, ausgeschlafen, pünktlich und mit allem benötigten Schulmaterial. Auch mit einem Verhalten, welches einen geordneten Unterricht erlaubt. Es braucht Sanktionen, wenn Eltern ihre Pflicht nicht erfüllen, und Disziplinar-massnahmen, wenn Kinder sich nicht an Regeln halten. Massnahmen sollen nicht auf Beliebigkeit beruhen, sondern so geregelt sein, dass die Behörden handeln müssen. Die Verpflichtung zum entschlossenen Handeln wirkt präventiv, schützt andere Kinder und stärkt den Rücken der Lehrpersonen.

Zivildisziplin statt Stasimethoden

Rückenstärkung ist besonders wichtig: Werden Jugendliche von Lehrpersonen gemassregelt, klagen oft Eltern der Schulbehörde das Leid. Diese übergibt den Fall mit Auflagen der Schulleitung. Diese wiederum lädt zum Elterngespräch; Lehrperson und Kind/Eltern erscheinen als gleichgestellte Konfliktparteien. Der Zeitaufwand wird gross, die Autorität der Lehrperson verwischt und für die Mitarbeiterbeurteilung bleiben Erinnerungen haften. Zudem ist das Gelingen einer Beziehung zwischen Menschen eine persönliche Sache, die an einem solchen Gespräch voll ausgebreitet wird. Richtiges Verhalten der Schulbehörden wäre, die Eltern an die Lehrperson zu verweisen. Sobald sich kinderhörige Eltern an die elternhörigen Schulbehörden wenden und diese den Fall an die behördenhörigen Schulleitungen weitergeben, fehlt die Kompetenz zur Erziehung dort, wo sie am meisten be-

nötigt wird: bei der Lehrperson. Wo Kompetenz fehlt, fehlt auch Autorität. Lieber kontrollieren Schulbehörden mit Stasimethoden Lehrpersonen, ob der wöchentliche Klassenrat auch wirklich durchgeführt und die Projektwoche zur Gewaltprävention mit vollem Engagement mitgetragen wird, anstatt dass sie mit Zivilcourage erziehen lassen.

Dass die Autorität von Fachkräften nicht viel wert ist, beweist auch die Schulpräsidentenkonferenz der Stadt Zürich. Für den millionenteuren Entscheid, die Sekundarstufe der Stadt ab dem Schuljahr 08/09 mit nur noch zwei Abteilungen zu führen, wurde es abgelehnt, Lehrpersonen zu befragen. Dies im Gegensatz zu Winterthur, wo sich 80 % aller Lehrpersonen, aber auch 60 % derjenigen, die heute an einer zweiteiligen Oberstufe unterrichten, für das dreiteilige Modell entschieden haben. Weshalb? Weil in der dreiteiligen Oberstufe der Klassenverband nicht aufgelöst und damit den Jugendlichen ein überblickbares Sozialgefüge geboten wird und weil Klassenlehrer nicht einfach zu klassenverantwortlichen Fachlehrern degradiert werden. Wechselt die Lehrperson in der Pause, verlieren Notizen über das Fehlverhalten der letzten Lektion an Bedeutung. Diese Notizen müssen spürbare Konsequenzen haben.

Nutzlose «Papiermassnahmen»

In Mode sind ungeeignete Konsequenzen: berufschancenverbauende Zeugniseinträge und im Elterngespräch ausgehandelte «Verhaltensverträge». Papier ist eine Massnahme, die Jugendliche aus Kulturräumen mit Gewöhnung an direktere Autorität kaum verstehen.

Natürlicherweise haben Ausländer besondere Integrationsdefizite betreffend Sprache und das unserer

Gesellschaft angepasste Verhalten. Werden Defizite nicht behoben, bleibt das ausländische Kind chancenlos. Frustration und Gewalt sind mögliche Folgen. Nur eine rasche Integration, vor dem Eintritt in Regelklassen, kann dies verhindern. Die SVP muss für Schulerfolg zu-

reichende Deutschkenntnisse als Eintrittsbillet in Regelklassen fordern.

Wert zeigen

Manche Pfarrer, Lehrer und Gemeindepräsidenten haben als Ju-

gendliche Briefkästen gesprengt, auf Spatzen geschossen, sich mit Steinen beworfen. Aber wehe, man wurde erwischt. Konsequenzen waren unverhandelbar, sie wurden getroffen. Verdiente Strafen wurden erduldet, nachher war es vorbei und verbüsst. Die Welt war wieder in

Ordnung und hat Wert gezeigt. Diese Orientierung geben wir heute nicht mehr; ohne Orientierung werden die Taten immer brutaler. Vermutlich ist das Problem der Jugendgewalt daher bei uns Erwachsenen zu suchen, die 68er haben uns zu Softies gemacht.

VOX POPULI

Reaktionen aus dem Volk

Seit Bundesrat Blocher abgewählt wurde, gehen unzählige Reaktionen aufgebracht Bürgerinnen und Bürger auf unseren Sekretariaten ein. Der Intrigen-Coup gegen Christoph Blocher hat im ganzen Land Empörung und Entrüstung ausgelöst. Die Art und Weise, wie eine überhebliche classe politique die Parlamentswahlen ignorierte und trotz dem Wahlsieg der SVP nun einseitig eine Mitte-links-Regierung einsetzte, hat landesweit eine Grundwelle ausgelöst: Sie schlägt sich nieder in Parteibeiträgen, in Leserbriefen, in Zuschriften und Spenden – oder in spontanen Aktionen wie derjenigen von Hans Ulrich Wandfluh:

Der Sekundarlehrer im Ruhestand aus der Berner Gemeinde Wynigen ist langjähriges SVP-Mitglied, hatte aber nie ein Amt inne. Im Gespräch erkennt man einen unabhängigen und freiheitsliebenden Geist; er selbst beschreibt sich als interessierten, aber stillen Bürger. Aber, so macht er klar, es gebe Situationen, da man nicht still bleiben dürfe: Dann nämlich, wenn es um die Grundsätze unseres Rechtsstaates geht. Den GPK-Bericht als Teil einer üblen Intrige gegen einen verdienten Bundesrat hat er mit grosser staatsbürgerlicher Sorge zur Kenntnis genommen.

Als dann die Machenschaften der politischen Klasse in der Abwahl Christoph Blochers gipfelten, entschloss er sich zu einer spontanen Aktion. Er organisierte für Christoph Blocher mit einigen wenigen Mit-

streitern auf dem Bundesplatz in Bern eine Abschiedsfeier nach dessen letztem Arbeitstag als Bundesrat.

Feier als Symbol

Dies aus der Überzeugung, dass, wer derart viel geleistet habe, auch gebührend verabschiedet gehöre. Dann aber auch als ein Zeichen, dass die Partei zusammenstehen soll und den Wahlsieg nicht verschenken darf. So wurde die Feier zum Symbol: Nebst den vielen Teilnehmern aus dem Kanton Bern nahmen Leute aus der ganzen Schweiz teil, eine Treichlergruppe kam eigens aus dem Toggenburg angereist. Für etliche Teilnehmer war der Anlass auch eine Genugtuung, weil sie am 6. Oktober zu jenen gehörten, die sich wegen linker Schlägergewalt nicht auf dem Bundesplatz versammeln konnten. Allerdings warf die mangelnde Sicherheit in Bern auch jetzt wieder einen Schatten: Die Veranstalter mussten aufgrund der Erfahrungen alle Vorbereitungen geheim halten und die Feier in einem kleinen Rahmen abhalten.

Spontaner Effort

In einem kurzen, aber entschlossenen Effort hatte Hans Ulrich Wandfluh im ganzen Kanton Bern Leute von der Basis kontaktiert. «Bei meinen etwa 50 Telefonaten spürte ich Empörung über das Vorgefallene und grosse Unterstützung», berichtet er. Auf zehn Anrufe hätten trotz der

Kurzfristigkeit sieben spontan zugesagt. Da ein kleiner, symbolischer Anlass geplant war, musste er jene bremsen, die gleich mit Cars anreisen wollten. So war der Kanton Bern dann am Abend des 21. Dezembers mit Frauen und Männern aus allen Regionen und Altersklassen gut vertreten; dazu kamen Alphornbläser, Jodler aus dem Emmental, ein Fahnenchwinger – übrigens ein Bauer, der für den kurzfristig verabredeten Einsatz noch eine Aushilfe für die Arbeit im Stall organisieren musste und für den es selbstverständlich war, unentgeltlich aufzutreten.

Auf Berndeutsch hielt Hans Ulrich Wandfluh folgende Ansprache:

«Lieber Christoph Blocher
Im Namen aller Schweizerinnen und Schweizer, die hier vor dem Bundeshaus am Ende Ihres letzten Arbeitstages als Bundesrat auf Sie warten, begrüsse ich Sie herzlich.

Warum haben wir uns hier versammelt? Wir stammen aus Tälern, Dörfern und Städten unseres Landes und wir wollen Ihnen mit unserer Anwesenheit herzlich danken für Ihr Wirken als Bundesrat.

Wir waren vier Jahre lang froh, dass Sie zielorientiert Probleme der Schweiz lösten und viele andere zu lösen versuchten. Wir bedauern, dass die Bundesversammlung Ihre Arbeit als Bundesrat abrupt beendet hat. Mit diesem Fest in würdigem

Rahmen verabschieden wir Leute von der Basis, Sie, Christoph Blocher, als Bundesrat.

Schon als Nationalrat schafften Sie sich in der Schweizer Öffentlichkeit einen Namen. Als 1988 der damalige Departementschef und der Gesamtbundesrat rat- und tatenlos waren, wie sie der Belagerung des Standorts des geplanten AKWs Kaiseraugst entgegentreten sollten, löste Nationalrat Blocher mit einigen weisen Kollegen aus anderen Parteien den Fall und ersparte damit unserem Land eine Zerreihsprobe.

Seit der EWR-Kampagne weiss jeder, wofür Christoph Blocher geradesteht: Er tritt ein für Selbstverantwortung, Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität.

Ähnlich prägte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Berner Bundesrat Minger die Politik. Wenn Ruedi seine innenpolitischen Gegner ins Leere laufen liess, wenn ihnen gescheite Lösungen fehlten, flüsternten sie hinter vorgehaltener Hand: «Minger ist ja nur ein Bauer.»

Christoph Blochers Gegner im Parlament, in den Medien, an den Universitäten trösten sich seit gut zwanzig Jahren mit dem Ausspruch: «Er hat halt einen schlechten, unmöglichen Stil.» Blochers Stil war echt, sein mutiges, standhaftes Auftreten weckte in den vergangenen Jahren bei vielen Bürgerinnen und Bürgern das politische Interesse.

Im Namen aller Versammelten vor dem Bundeshaus wünsche ich Ihnen, Christoph Blocher, alles Gute für die private und politische Zukunft. Überdies warten wir gespannt auf Überraschungen von Herrn alt Bundesrat Blocher.»